

Haushaltsrede 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

so ganz viel falsch gemacht haben, können wir als Stadtrat zusammen mit der Verwaltung in den letzten 8 Jahren ja nicht. Zu Beginn des Stärkungspaktes haben wir mutige, aber auch schmerzhaft Entscheidungen getroffen, um den Haushalt der Stadt wieder zukunftsfähig zu machen. Heute sind wir an dem Punkt angekommen, wo wir ein letztes Mal Sanierungsmittel des Landes in Anspruch nehmen müssen, um unseren Haushalt auszugleichen. Der Stärkungspakt mit insgesamt 26,7 Mio. € vom Land und unsere Beschlüsse zur Haushaltssanierung haben uns wieder eine haushaltspolitische Perspektive gegeben. Ich möchte damit deutlich machen, dass die Grünen in Haltern ein verlässlicher Partner für alle Dimensionen der Nachhaltigkeit sind - inklusive nachhaltiger Kommunalfinanzen! Auch hier übernehmen wir Verantwortung dafür, dass wir auch morgen noch - oder besser wieder - Gestaltungsspielräume haben.

Einer der wesentlichen Beschlüsse war die radikale Erhöhung der Grundsteuer und zwar in einem Schritt. Ich kann mich noch gut an die Diskussionen mit der Bürgerinitiative gegen diese Erhöhung erinnern. Heute wissen wir, der Schritt war angemessen und notwendig. Anders als andere Kommunen auch im Kreis Recklinghausen mussten wir zu keinem Zeitpunkt über weitere Erhöhungen nachdenken. Städte wie Marl oder Recklinghausen mussten die Grundsteuer in den letzten Jahren ein weiteres Mal anheben und in Gladbeck wird aktuell darüber diskutiert. Möglich war diese Entscheidung nur, weil damals alle in diesem Hause von der Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugt waren.

Eine weitere wesentliche Maßnahme war der radikale Stellenabbau von bisher 53 Stellen. Die Folgen sehen wir u.a. bei der Grünflächenpflege oder den Personalnöten im Bauamt, aber auch bei den Einschränkungen zur Altersteilzeit, die wir diese Woche beschließen mussten.

Alleine diese beiden Maßnahmen, Grundsteuererhöhung und Stellenabbau, machen 73 % der Haushaltssanierung aus.

Den Dank für das „Poahl halten“ verbindet der Kämmerer mit der Hoffnung den langen Atem auch bei diesen Haushaltsberatungen aufrecht zu erhalten. Dies kann ich nur zurückgeben, in der Hoffnung, dass sich solche Tabubrüche wie im Fall der Kunstrasenplätze nicht wiederholen, denn spätestens dann wäre es mit dem „Poahl halten“ auch bei uns vorbei! Ich wiederhole in diesem Zusammenhang noch einmal unsere Forderung nach einer Prioritätenliste, in der eine Rangfolge der Maßnahmen aufgeführt wird, die in Zukunft dringend durchgeführt werden müssen. Wir haben uns hier seinerzeit auf 140 Sanierungsmaßnahmen verständigt, da müsste doch auch eine solche Prioritätenliste möglich sein.

Die bis heute anhaltend gute Konjunktorentwicklung hilft uns natürlich auch bei der Haushaltssanierung. So sinken die Zinsen ins bodenlose, was für uns als hochverschuldete Kommune natürlich Vorteile mit sich bringt. Beträge, die bisher für Zinszahlungen aufgewandt werden mussten, können jetzt zur Schuldentilgung genutzt werden. Die Kassenkredite konnten in 6 Jahren um ein Drittel auf 58,5 Mio € reduziert werden. Das Jahresergebnis 2018 fiel fast 4 Mio € besser aus als geplant. Hierüber sollten wir uns ausnahmslos freuen und nicht über systembedingt niedrigere Schlüsselzuweisungen klagen.

Man könnte sogar zu der Erkenntnis gelangen: „ So lange die Schlüsselzuweisungen aufgrund der Entwicklung unserer Jahresabschlüsse sinken, geht es uns gut!“

Positive Meldungen gab es Anfang der Woche aus dem Kreistag. Dort wurden fast 10 Mio. € im Haushalt eingespart. Für uns bedeutet das fast eine halbe Million € weniger an Belastung. Offensichtlich wurden die Zeichen der Zeit endlich auch beim Kreis erkannt.

Man könnte meinen:

„Eigentlich bräuchten wir Bodo gar nicht mehr dahin schicken!“

Die insgesamt positive Entwicklung im Haushalt zeigt sich auch an der Höhe unseres Eigenkapitals. Die drohende Überschuldung konnte nicht nur abgewendet werden, es gelingt sogar die Eigenkapitalquote allmählich wieder anzuheben.

Bei den Planzahlen im Haushaltsentwurf ist es wieder einmal so, dass wir so gerade ein positives Ergebnis erreichen. Die Aussage des Kämmerers, wonach man grundsätzlich von einem 3 – 5 prozentig besserem Verlauf ausgehen kann, lässt hoffen, dass die Jahresrechnung, ähnlich wie 2018, deutlich besser ausfällt.

Auch der Kommunalfinanzbericht 2019 spricht von Licht am Ende des Tunnels. Gleichzeitig heißt es aber auch: „Diese positive Entwicklung muss nun dringend verstetigt werden.“ Dazu könnte eine Altschuldenregelung beitragen, in der zumindest ein Teil der Altschulden durch Bund und Land übernommen werden, damit die Konsolidierung auf Dauer gelingt.

Für uns bedeutet das, dass auch in Zukunft sehr sparsam mit den Haushaltsmitteln umgegangen werden muss, damit die Erfolge im Rahmen des Stärkungspaktes nicht gefährdet werden.

Gleichzeitig müssen wir aber auch die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Im Kindergartenbereich wurde bereits eine Menge erreicht. Die Situation, dass nach wie vor Familien mit Betreuungsbedarf unversorgt bleiben, ist allerdings absolut inakzeptabel. Von daher begrüßen wir die Bestrebungen der Verwaltung, weitere Betreuungsplätze zu schaffen. Es bleibt viel zu tun, denn eine ständige Gruppenstärkenerhöhung gefährdet die pädagogische Arbeit und kann deshalb nicht zur Dauerlösung werden.

Bei den Betreuungsplätzen für Senioren wird es höchste Zeit, dass endlich auch in Haltern neben den traditionellen Pflegeheimen Alternativen angeboten werden. So sind wir die einzige Stadt im Kreis Recklinghausen in der es keine Altenwohngemeinschaften gibt. Wir regen an, dass sich der Fachausschuss mit solchen alternativen Wohnformen beschäftigt und zum Beispiel entsprechende Angebote in den Nachbarstädten besichtigt.

Auch im Bereich der Grundschulen wurde es in diesem Jahr eng. So konnte die zweizügige Silberbergschule die angemeldeten Schüler nicht alle aufnehmen. Dies hätte bedeuten können, dass die evangelischen Kinder quer durch die Stadt zur Katharina-von-Bora Schule gebracht werden müssten. Die Folge war eine recht skurrile Entwicklung: So überlegten einige Eltern zu konvertieren, um damit die ortsnahe Beschulung ihrer Kinder sicher zu stellen. Andere überlegten aus der evangelischen Kirche auszutreten, um ihre dann konfessionslosen Kinder weiter zur Silberbergschule schicken zu können. Für uns zeigt dies wie überkommen das System der Konfessionsschulen ist, zumal es weitere systembedingte Probleme bei der Neubesetzung von Schulleiterstellen gibt. Es gibt insgesamt zu wenig Bewerber für diese Stellen und wenn dann doch ein qualifizierter Bewerber gefunden wurde, kann er oder sie die Stelle wegen einer falschen Konfessionszugehörigkeit nicht

antreten. Auch die Kirchen können mit einer solchen Entwicklung sicher nicht zufrieden sein. Von daher müssen endlich Wege gefunden werden, vielleicht auch unter Beteiligung der Kirchen, aus Konfessionsschulen Gemeinschaftsschulen zu machen, denn derartige Probleme sind auch in Zukunft nicht ausgeschlossen. Glücklicherweise wurde in diesem Fall doch noch eine Lösung für die Kinder gefunden, in dem die Silverbergschule bedarfsgerecht erweitert wird. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Wir würden gerne auch in einem anderen Bereich, der insbesondere die nächsten Generationen betreffen wird, Fortschritte erzielen. Ich spreche vom Klimaschutz. Es vergeht kein Tag, an dem es nicht neue alarmierende Meldungen zum Thema „Klimawandel“ gibt. Erst diese Woche wurde der entsprechende Regierungsbericht vorgestellt. Darin heißt es, dass wir bereits jetzt die 1,5 Grad, die wir aus bekannten Gründen auf keinen Fall überschreiten dürfen, erreicht haben. Die meisten Menschen haben inzwischen erkannt (Herrn Trump und die AFD nehme ich hier ausdrücklich aus!), dass der Klimawandel zu den größten Herausforderungen der Zukunft gehört. Wir müssen jetzt Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Eine später notwendige Bekämpfung der Folgen wird aller Voraussicht nach deutlich teurer. Dies gilt nicht nur für die „große Politik“, sondern genauso für die Kommunalpolitik vor Ort. Unsere diesbezüglichen Anträge wurden leider in der Vergangenheit regelmäßig von der Mehrheit hier im Rat abgelehnt. Bei unserem Antrag zum Thema „Klimanotstand“ störten sich einige an der Begrifflichkeit, nach dem Motto „Ist doch alles nicht so schlimm“. Man wollte keine Selbstbindung von Politik und Verwaltung. Andere sprachen von „Symbolpolitik“ oder gar von „Hysterie“ und „diktatorischen Einschränkungen“. Ein Industrievertreter machte sich eher Sorgen um ein anderes Klima, nämlich das Investitionsklima in der Region.

Ich kann das nur so interpretieren, dass die Verwaltung unterstützt von großen Teilen der Politik weiterhin Entscheidungen treffen will, ohne die Auswirkungen auf das Klima auch nur abzuwägen. Denn genau darum ging es in unserem Antrag. Diese Abwägung, die es im Übrigen im Hinblick auf finanzielle oder demographische Folgen von Entscheidungen bereits gibt, hätte ja auch nicht bedeutet, ausnahmslos alles dem Klimaschutz unterzuordnen. Abwägung bedeutet nur, dass man die Folgen für den Klimawandel mitbetrachtet, diskutiert und erst dann entscheidet. Wir meinen so viel Selbstbindung ist durchaus vertretbar und dem Problem angemessen. Die Verwaltung sieht das offensichtlich nur unter dem Aspekt „unnötige Mehrarbeit und lästige Diskussionen“.

Anders sieht das die große Mehrheit im Kreistag, der mit dem „Vestischen Klimapakt“ genau das tut, was hier verteufelt wird.

An dieser Stelle möchte ich das Zitat von Professor Oebbecke aufgreifen, das Herr Meussen bei der Haushaltseinbringung vorgetragen hat, allerdings in etwas abgeänderter Form: „Die Pflicht zum Klimaschutz geht allen anderen Pflichten vor, weil auf die Dauer keine Pflicht mehr erfüllt werden kann, wenn wir unsere Lebensgrundlagen zerstören!“

Vielleicht sollten Sie darüber mal nachdenken!

Auch bei konkreten Anträgen, z.B. zur Verhinderung der Versiegelung kompletter Vorgärten, zu den Ackerrandstreifen oder zur Durchsetzung von grünordnerischen Festsetzungen in B-Plänen hat sich die Ratsmehrheit gegen Klimaschutz gestellt. Einen Lichtblick gab es im Gewerbepark „Prozessionsweg“. In diesem Fall hat die Verwaltung endlich einmal reagiert und die Gewerbebetriebe zur Einhaltung der Festsetzungen im B-Plan aufgefordert. Der Aufwand der dafür betrieben werden musste, war durchaus überschaubar und hat

gleichwohl in einer Reihe von Fällen zum Erfolg geführt. Wir fühlen uns in unserer Position bestärkt, dass eine Überprüfung der Festsetzungen notwendig und mit vertretbarem Aufwand zu realisieren ist. Genau dies muss Verwaltung leisten, das Beispiel zeigt, dass es möglich ist.

Wir freuen uns, dass es gelungen ist durch den Beitritt der Stadt zum Bündnis „Sichere Häfen“ ein deutliches Zeichen gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung der Seenotretter zu setzen. Wir haben die Initiative der Kirchen und des Asylkreises gerne unterstützt.

Erfreulich ist auch, dass es bei einigen Großprojekten nach vielen Jahren des Stillstandes Fortschritte gibt. Die Seesternruine wurde endlich abgerissen und nun kann hoffentlich bald mit dem Bau des Hotels begonnen werden. Der Umbau des Bahnhofes geht voran und soll planmäßig bis Ende 2020 abgeschlossen werden.

Beim Thema „Radverkehr“ ist wieder ein Jahr vergangen, in dem wir trotz aller Anfragen und Anträge mit ausstehenden Konzepten und Planungen vertröstet wurden. Ich habe es schon an anderer Stelle gesagt: Wir haben kein Erkenntnisdefizit sondern ein ausgeprägtes Umsetzungsproblem. Es fehlt einfach der Mut, Maßnahmen umzusetzen, die von Teilen der Bevölkerung kritisch gesehen werden.

Auch das Land NRW will den Radverkehrsanteil mit einem neuen Gesetz steigern. Doch auch dies wird nichts nützen, wenn wir nicht aufhören den PKW-Verkehr zu bevorzugen.

Parkplätze für einzelne sollten uns nicht länger wichtiger sein als verkehrssichere Verkehrsführungen für Radfahrer aller Altersstufen, z.B. am Schüttenwall!

Die Haushaltsbefragung zur Mobilität in Haltern zeigt die steigende Bedeutung des Radverkehrs, sie zeigt aber ebenso, dass wir noch viel mehr Menschen zum Umsteigen bewegen könnten, wenn wir die Defizite in unserer Fahrradinfrastruktur abarbeiten würden. Statt Verkehrsprobleme wie am Schüttenwall zu lösen, werden neue geschaffen. Am Silbersee sollen auf Vorschlag der Verwaltung künftig Großveranstaltungen mit bis zu 15 000 Besuchern zugelassen werden, um den wirtschaftlichen Erfolg des bestehenden Restaurantbetriebes zu sichern. Diese Planungen lehnen wir mit Blick auf die in Lehmraken wohnenden Menschen ab. Unser Eindruck ist, dass der Restaurantbetrieb ganz andere, hausgemachte Probleme angehen muss, um wirtschaftlichen Erfolg zu haben. Diese Probleme können nicht zu Lasten der Lehmrakener Bürger gelöst werden. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte der diesbezügliche Passus gleich zu Beginn des Verfahrens gestrichen werden können. Dazu waren die anderen Fraktionen jedoch nicht bereit. Erfreulich ist, dass wir die Unterstützung aller Fraktionen dafür gewinnen konnten, dass sich die Stadt Haltern dem Zukunftsnetzwerk Mobilität anschließt. Wir erhoffen uns daraus wichtige und schnelle Impulse für ein Umsteuern in der Verkehrsplanung.

Erfreuliches gibt es von unseren Wirtschaftsbetrieben zu berichten. Sowohl der Eigenbetrieb Stadtentwässerung als auch die Stadtwerke tragen mit ihren Wirtschaftsergebnissen wesentlich zur Sanierung des Haushaltes bei. Jeder der beiden Betriebe führt Beträge in einer Größenordnung von 900 000 € an die Stadt ab. Dies sollte sich jeder Halterner Bürger vor Augen führen, wenn er sich mit der Frage eines Anbieterwechsels bei Strom und Gas wegen einiger weniger Euro Ersparnis beschäftigt.

Zunehmend wird auch deutlich, dass die Erzeugung regenerativer Energie nicht nur umweltpolitisch sondern auch wirtschaftlich zukunftsweisend ist. So bringt eine moderne Windkraftanlage einen Gewerbesteuerertrag von rund 10 000 € jährlich. Wir sollten

versuchen bei den wenigen Anlagen, die möglicherweise noch in Haltern errichtet werden, eine direkte oder indirekte Bürgerbeteiligung über die Stadtwerke oder die Energiegenossenschaft zu ermöglichen.

Beim Stellenplan geht der Stellenabbau im Bereich der Beschäftigten weiter, während die Zahl der vollzeitverrechneten Stellen im Beamtenbereich ansteigt. Der Grund ist die geplante Neueinstellung im Feuerwehrdienst gemäß der Brandschutzbedarfsplanung. Darin ist es erstmals gelungen die Hilfsfristen ein wenig anzupassen. Dies erkennen wir an, auch wenn wir uns mutigere Schritte gewünscht hätten. Gleichwohl kommen wir um eine mittelfristige Aufstockung um 3 zusätzliche Stellen in diesem Bereich nicht herum. Anders als in vielen anderen Bereichen der Verwaltung gelten hier besondere Vorgaben unabhängig von der Kassenlage.

Im Baudezernat gelten solche Vorgaben nicht und wenn dieser Teil der Verwaltung seine Aufgaben auf Grund der Personalnot nicht mehr in vollem Umfang gerecht werden kann, hat auch das Auswirkungen auf das Leben in dieser Stadt. Wenn kein Personal mehr da ist, um B-Pläne aufzustellen oder deren Einhaltung zu überprüfen, wenn Leute fehlen, die sich um die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Klimakonzept kümmern oder wenn keiner mehr da ist, der sich mit Fragen des Lärmschutzes an der Stadtmühle beschäftigt, hat das direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität in dieser Stadt. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Pläne des Bürgermeisters zur Neubesetzung des Dezernentenpostens sehr kritisch.

Wohlbemerkt sind wir mit der Arbeit des bisherigen Leiters der Rechtsabteilung sehr zufrieden und wir hätten uns gewünscht, dass diese gute Arbeit mit den bewährten Kräften fortgesetzt wird. Für die Nachfolge von Frau Dr. Rüdiger hätten wir es begrüßt, wenn diese Position mit einer Fachfrau, einem Fachmann aus dem Bereich „Bauen und Planen“ besetzt worden wäre. Wir wissen natürlich auch, dass viele Fragen im Bauamt juristischer Natur sind, aber genau dafür haben wir ja eine Rechtsabteilung. Stadtplanung geht aber weit darüber hinaus und von daher wäre uns eine Nachfolgerin aus diesem Bereich lieber gewesen. Der Bürgermeister hat diese Entscheidung im Alleingang getroffen und uns vor vollendete Tatsachen gestellt. Das ist sein gutes Recht und so bleibt uns nur, unsere Bedenken zu äußern.

Insgesamt halten wir den Stellenplan mit der überschaubaren Zahl von Stellenanhebungen und Beförderungen für vertretbar.

Wir stimmen dem Haushaltsplan zu.